

los die Lage am Arbeitsmarkt und seit 1924 das Bestreben, international auch nach dem Ende der Inflation konkurrenzfähig zu bleiben.

Nicht zuletzt widersprechen auch die Verfasser selbst ihrer These, wenn sie zugeben, daß sich in SPD- und ADGB-Kreisen zahlreiche Stimmen für die Rationalisierung etc. erhoben. Wenn sie andererseits vom »wachsenden Widerstand der deutschen Arbeiter[...] gegen die Rationalisierungsmethoden und -absichten des Großbürgertums« sprechen, so kann das in dieser Form allenfalls für den der KPD nahestehenden Teil der Arbeiterschaft gelten; er aber dürfte, wie die Reichstagswahlergebnisse vermuten lassen, der weitaus kleinere gewesen sein.

Die KPD bekämpfte die Rationalisierungswelle mit einer Konsequenz, die im umgekehrten Verhältnis zum Erfolg stand. Sie hatte manche guten Gründe für ihr Vorgehen, doch blieb ihre Argumentation oft etwas unscharf. Vor allem fehlten klare Ausführungen zum Begriff der Intensitätssteigerung und überzeugende Beweise für ihre These, daß jede Produktivitätserhöhung zwangsläufig die Lage der Arbeiterschaft verschlechtere. Auch vollzog sich der Kampf der KPD gegen Rationalisierung und Arbeitswissenschaft überwiegend auf theoretischer Ebene und erschöpfte sich zu einem guten Teil in Attacken gegen die SPD. Daß diese im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb aktiver und erfolgreicher war als die KPD, sehen auch die Verfasser; daß ihr Vorgehen weder die Weltwirtschaftskrise noch die »Machtergreifung« verhindern konnte (was ihr die Verfasser vorwerfen), gilt nicht minder für die KPD.

So bleibt die Untersuchung von Hinrichs/Peter über weite Strecken von einer gewissen Holzschnitthaftigkeit gekennzeichnet. Nuancen gehen darüber oft verloren: Die Verfasser kritisieren mit Recht das Neutralitätspostulat der Rationalisierer und berichten Beklemmendes über das »Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung«. Andererseits sollten Moellendorff, Wissell oder sonstige Rationalisierungsanhänger in der SPD nicht einfach deshalb als Handlanger der Unternehmerschaft und implizit als Wegbereiter des Nationalsozialismus abgestempelt werden. Auch krankt die Arbeit der Verfasser (wie vor ihr schon manche Verlautbarung der KPD) daran, daß der Vorwurf rationalisierungsbedingter Steigerung der Arbeitsintensität zwar erhoben, aber nie präzisiert oder gar wirklich bewiesen wird. So zutreffend diese Behauptung sein mag — und manches spricht durchaus dafür —, sie ist seit Beginn der Rationalisierungsdiskussion umstritten, aber die Verfasser geben sich mit kritikloser Übernahme einer Position zufrieden.

Schließlich sei vermerkt, daß die zu Einzelpunkten sehr interessanten Ausführungen der Verfasser gelegentlich darunter leiden, daß Hinrichs und Peter ihre Arbeit nicht immer ganz klar gegliedert haben. Auch der überreich mit Soziologismen und Monstersätzen befrachtete Stil steigert die Lesbarkeit nicht. Positiv ist der Dokumentenanhang des Buches hervorzuheben. Zwar weist er Lücken auf, beispielsweise sind die Technokraten à la Moellendorff wie die Unternehmer ungenügend repräsentiert, aber mit diesem Problem haben Auswahlen immer zu kämpfen. Es wäre übrigens zweckmäßig gewesen, den Anhang durch eine Bibliographie zu ergänzen.

Lothar Burchardt

Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924—1933,
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977, 339 S., kart., 24 DM.

In Deutschland, wie auch anderswo, entstanden Parteien im Bereich der gesamtstaatlichen Politik, als zentralstaatliche Parlamentsfraktionen und Wahlmaschinen. Von daher drangen sie schon im 19. Jahrhundert in die Kommunalpolitik ein. Die Frage für sie war jeweils, wie weit sie den kommunalen Kompetenzrahmen als begrenzte Handlungsebene akzeptierten oder sich auf bloße lokale Parteipolitik beschränkten. Anhand der gut lesbaren, klar gegliederten und genau belegten Untersuchung von Beatrix Herlemann über die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik läßt sich das Problem besonders gut studieren.

Als neue, revolutionäre Partei, die von Anfang an den zentralen Machterwerb mit allen Mitteln zum Ziele hatte, mußte sich die KPD nach dem Scheitern ihrer Putschabsichten nach 1923 auf das mühselige Alltagsgeschäft der kommunalen Politik einlassen. Es fiel ihr nicht leicht; denn sie wurde daran durch viele Vorbehalte gehindert. Einmal lehnte sie das Institutionsgefüge der Republik, besonders aber die kommunale Selbstverwaltung als Hochburg des sozialdemokratischen Reformismus, ab. Das disponierte sie zum prinzipienlosen Taktieren im Bereich der Kommunalpolitik, je nachdem H. Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann den Kurs bestimmten bzw. exekutierten: einmal gegen die Erzfeinde der Sozialdemokratie, dann wieder bedingt mit ihnen und schließlich wieder gegen sie. Zum anderen war ihre eigene Staatstheorie widersprüchlich, teils am sozialistischen Zentralismus orientiert, teils an der Basisdemokratie des Räteystems. Dieser Widerspruch wurde noch durch die Ablehnung der entsprechenden, ebenfalls miteinander im politischen Widerstreit liegenden Staatsprinzipien der demokratischen Republik kompliziert. Die Krise der Selbstverwaltung in der Weimarer Republik war ja nicht nur eine der faktischen Sozial- und Finanzpolitik, sondern auch des Staatsverständnisses einer weithin zentralistisch verstandenen, de facto aber föderalistischen und pluralistischen Republik. Sollte man die »kapitalistische Rationalisierung« und Zentralisierung akzeptieren, weil man dieses Grundprinzip selbst anstrebte, oder ablehnen, weil sie in der aktuellen Situation dem »Klassenfeind« zum Vorteil gereichte? In der Finanzpolitik entschied man sich gegen den Zentralismus, in der Eingemeindungsfrage eher dafür.

In diese politische Orientierungslosigkeit brachten nur die formalen Prinzipien des innerparteilichen Zentralismus und der zunehmenden Abhängigkeit von Moskau einige Ordnung. Die abrupten und desto rücksichtsloser durchgesetzten Kehrtwendungen von der Distanz zur »Radaupolitik« 1924, von loyaler Opposition zur hemmungslosen Agitation gegen die »Sozialfaschisten« 1928/29 erleichtern der Historikerin die Periodisierung, verwirren aber die unter den unvollkommenen sozialen Verhältnissen des Weimarer Staates leidenden Anhänger. Sie führten immer wieder zu Ausschlüssen, Austritten und Abspaltungen in den Stadtratsfraktionen und bei der Anhängerschaft in den Ruhrgebietsstädten.

Nach Beatrix Herlemanns Ergebnissen kann man sagen, daß es nur von 1925—1928 eine genuine Kommunalpolitik der KPD gegeben hat, vorher und nachher allenfalls agitatorische Lokalpolitik. Das während dieser engagierten Periode der Kommunalpolitik erschlossene Feld von Lebensproblemen der Arbeiterschaft, von den Wohnungsfragen über Erwerbslosigkeit, administrative Preise zur Schulpolitik, bei deren Linderung die KPD auch einmal das Parteiprestige hinter den praktischen Nutzen für die Arbeiterschaft zurückstellen konnte, wurde ab 1929 in frontale Agitation umgesetzt. Es gehörte zu den Fehlleistungen der Republik, daß sie dieser prinzipiellen Kritik Vorschub leistete, indem sie die institutionellen und finanziellen Grundlagen einer ihrer Basisinstitutionen, der Gemeinde, schwächte. Beatrix Herlemanns Arbeit macht diese Probleme in einer abgewogenen Bewertung deutlich.

Wolfgang Hofmann

Ursula Langkau-Alex, *Volksfront in Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933—1936*, Syndikat Verlag, Frankfurt 1977, 364 S., Halbleinen, 48 DM.

Hans Georg Lehmann, *In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts*, Verlag C. H. Beck, München 1976, 387 S., Pb., 29,80 DM.

Nachdem die Geschichte der deutschen Emigration lange Zeit im Schatten der »großen« Ereignisse gestanden hatte, hat sich in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse dem Schicksal der durch Hitlers Machtergreifung zur Flucht und zum Exil gezwungenen